

5. Februar 2007, Neue Zürcher Zeitung

Der Geist ist willig

Österreichs Fortschritte im europäischen «Bologna-Prozess»

In Sachen «Bologna» war Österreich bisher vorne mit dabei. Während Kritik und Zustimmung beim Projekt eines gemeinsamen europäischen Bildungsraums produktive Debatten führen, gibt es noch genug universitätspolitische Fragen, die das Land für sich selbst zu lösen hat.

Die Post, die vorletzte Woche von der EU-Kommission kam, war sachlich und bestimmt. Dass Österreich den Gleichheitsgrundsatz in Sachen Universitätszugang verletzt, könnte zu einem Verfahren beim Europäischen Gerichtshof führen. Weil Numerus-clausus-flüchtige Medizinstudenten aus Deutschland die schwellenfrei betretbaren heimischen Institute stürmten, versucht man es seit letztem Semesterbeginn mit einer Ausländerquote. In sieben besonders gefährdeten Fächern darf nur noch ein Viertel der Studienanfänger nichtösterreichischer Herkunft sein. Fern wirkt da die Idee eines von Albanien und Andorra bis nach Frankreich und Deutschland reichenden gesamteuropäischen Bildungsraums, der unter dem Kürzel «Bologna» von freier Wahl des Studienortes träumt und die Mobilität der Wissbegierde beschwört.

Musterschüler?

Die Realverfassung des österreichischen Universitätswesens, bei dem es jetzt auch in der Frage der Studiengebühren heiss hergeht, ist das eine. Der «Bologna-Prozess» das andere. Um klare Lösungen beim Studienzugang hat sich die Politik bisher herumgedrückt, was Bologna betrifft, ist man aber ganz vorne mit dabei: Österreich ist Musterschüler. Mit einem nicht ganz unumstrittenen Universitätsgesetz von 2002 und den im gleichen Jahr beschlossenen Bestimmungen für die Fachhochschulen hat man die rechtliche Grundlage für den «Bologna-Prozess» fixiert. Dann ging es ziemlich schnell. 2004 waren rund 29 Prozent aller Universitätsstudien in den Bachelor- und Master-Modus umgewandelt. Im Herbst 2006 sind es bereits 42 Prozent. Von den Absolventen des dreijährigen Bachelor-Lehrgangs hängen stolze 74 Prozent noch den Master an. Bei den Doktoraten wurde dagegen weniger als 1 Prozent nach dem neuen Modus abgeschlossen.

Seit 2001 gibt das Wiener Bildungsministerium alle drei Jahre Monitoring-Berichte über die bisherige Umsetzung der Bologna-Agenden heraus. Man schickt eifrig Zwischenergebnisse nach Brüssel und ist überhaupt ziemlich auf Kurs. In der Farbenlehre des Bologna-Fortschritts könne sich Österreich bis jetzt im Bereich Dunkelgrün sehen, also im Spitzenfeld der Aspiranten, sagt Gottfried Bacher vom Wiener Bildungsministerium. Jetzt holten andere Länder auf und man werde wohl bis 2008 in den hellgrünen Bereich zurückfallen, sagt das Mitglied der hiesigen «Bologna-Follow-up-Gruppe». Diese vertritt auf europäischer Ebene die österreichischen Interessen. Auf Kritik am «Bologna-Prozess» reagiert Bacher mit professioneller Gelassenheit. Es gebe

noch Probleme mit der Implementierung des Leistungspunktesystems ECTS, das internationale Kompatibilität sicherstellen soll; und es müssten da und dort noch einige Informationsdefizite behoben werden, aber der «point of no return» sei längst überschritten. An die Idee Bologna muss man glauben.

Wer es nicht tut, kann im Streit der Fakultäten seine Position beziehen. Konrad Paul Liessmann, Philosoph und soeben zum österreichischen Wissenschaftler des Jahres gekürt, stimmt in seinem Buch «Theorie der Unbildung» eine Polemik an, die mehr als deutlich ist. «Die Misere der europäischen Hochschulen hat einen Namen: Bologna», heisst es gleich zu Beginn des sechsten Kapitels, das mit «Die Leere des europäischen Hochschulraumes» betitelt ist. Die schleichende Verabschiedung von einer humanistischen Universitätsidee à la Humboldt wird sodann in düsteren Farben beschrieben. Hinter der Vereinheitlichung und Normierung des Hochschulwesens stecke in Wahrheit eine Enteuropäisierung, weil man damit eine der wichtigsten abendländischen Traditionen negiere - die Einheit von Forschung und Lehre.

Das mit Leistungspunkten ökonomisierte und auf die Wirtschaft zugeschnittene Studium verliere genau jene wissenschaftliche Substanz, die in ihm eigentlich vermittelt werden sollte. Mehr Mobilität? Wozu, wenn doch die Curricula international aneinander angepasst werden? Ein Heer von nur oberflächlich ausgebildeten Bachelors werde aus den Universitäten kommen, meint Liessmann. Sein Verdikt ist deutlich: «Der Bachelor ist der Studienabschluss für Studienabbrecher.» Wenn er nichts Wesentliches verpasst habe, sagt der Wiener Quantenphysiker Anton Zeilinger ironisch, dann stelle sich die Situation für ihn doch etwas anders dar. Die Mobilität beim Studium, als Kriterium jahrzehntelang vernachlässigt, sei der Hauptpunkt des Systems Bologna. «Das erhöht den Wettbewerb, weil die guten Universitäten eine Interesse daran haben werden, gute Studenten zu bekommen», sagt Zeilinger, der zu den renommiertesten österreichischen Forschern gehört. «Wettbewerb ist immer gut, auch für die Wissenschaft.»

Andere Sorgen

Gefahren sieht Anton Zeilinger allerdings dann, wenn sich unter den Universitäten ein allzu rigides System der Studieninhalte etabliert. Es müsste, was den Lehrstoff betrifft, grösstmögliche Flexibilität herrschen. Wenn das nicht gelingt, dann hätten die Universitäten selbst Bologna ad absurdum geführt. Aus seiner Praxis und aus seinem eigenen Umfeld weiss Zeilinger nur Bestes zu berichten. Etliche seiner internationalen Studenten würden nach dem zu Hause erworbenen Bachelor nun hier den Master machen. «Bologna wirkt sich jetzt schon positiv aus, das ist keine Fiktion.»

Schnellen Schrittes mag man sich dem Fernziel «Bologna» nähern - oder einem Abgrund des Scheiterns, wie nicht wenige österreichische Geisteswissenschaftler befürchten. Was Bildung sein soll, ist eben letztlich auch eine philosophische Frage, die mit dem Programm universitärer Nutzenwendungen à la Bologna allein nicht zu beantworten ist. Manches ist einfach auch eine Geschmacksfrage. Manche Interessenvertretung stemmt sich gegen Bologna, weil sie einen Prestigeverlust für ihren Berufszweig fürchtet. So etwa stört die Juristen das Bild von bloss als Bachelors graduierten Studienabsolventen.

Sorgen wie diese möchte Österreich haben, denn in Wirklichkeit hat das Land ganz andere. In der OECD-Liste der öffentlichen Hochschulausgaben liegt Österreich im Mittelfeld, bei der Zahl der Universitätsabsolventen aber deutlich unter dem Durchschnitt. Österreichs Rektorenkonferenz fordert dieser Tage dringend eine neue Studienplatzbewirtschaftung. Eine Studie des Educational Policy Institute in Washington

gibt den Universitätsleitern recht. Unter dreizehn Vergleichsstaaten liegt Österreich, trotz offenem Universitätssystem, in Sachen «Zugänglichkeit» der Hochschulen an letzter Stelle. Die Universitäten sind heillos überlastet, es fehlt ihnen an Personal und der nötigen Infrastruktur. Zumindest in diesem praktischen Sinn ist es noch ein weites Stück bis Bologna.

Paul Jandl

Am 27. Dezember 2006 ist ein Artikel erschienen, der die Folgen des «Bologna-Prozesses» in Deutschland, am 11. Januar 2007 einer, der die französischen Verhältnisse beleuchtet.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

<http://www.nzz.ch/2007/02/05/fe/articleEVY1M.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG